

Brief an Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

12. Dezember 2006

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel,

wir, die Präsidenten der Landesärztekammern der neuen Bundesländer, wenden uns aufgrund der geplanten Gesundheitsreform, dem sogenannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz, an Sie.

Es muss uns mit Unverständnis, Groll und so manchem Déjà-vu-Erlebnis erfüllen, wenn wir die Entwicklung der aktuellen Gesundheitspolitik auf dem Hintergrund unseres spezifischen ostdeutschen Erfahrungshorizontes reflektieren!

Wir sind mit Mut und Tatkraft angetreten, um die Zuteilungsmedizin á la DDR zu überwinden und um das freiheitliche deutsche Gesundheitssystem unter der Prämisse „Vorfahrt für die Selbstverwaltung“ (Seehofer) mitzugestalten.

Wir denken, dass wir die uns vom Gesetzgeber zugewiesenen Aufgaben bei der schwierigen Umgestaltung der Medizinlandschaft im Osten Deutschlands „mit Anstand“ realisiert haben – dies trotz nahezu jährlich verabschiedeter Kostendämpfungsgesetze.

Jetzt greift die Große Koalition mit dem sogenannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz massiv und strukturverändernd in die Regelungskompetenzen der bisherigen Selbstverwaltung der Heilberufe und Krankenkassen ein und erteilt damit Staat und Markt die Vorfahrt.

Wohin solche Entwicklungen führen können, sehen wir in den abzulehrenden Systemen in den USA (45 Mio. unversichert!) und England (Wartelisten und Zuteilungsmedizin). Aus dem Eigenerleben zweier Ge-

sundheitssysteme lehnen wir ostdeutsche Ärzte die erneuten Tendenzen zur Entwicklung einer Staatsbürokratie entschieden ab!

Unsere weiteren Kritikpunkte betreffen:

- Die Professionalisierung des Gemeinsamen Bundesausschusses als Rationalisierungsbehörde des Bundesministeriums für Gesundheit.
- Die Unterfinanzierung des Gesundheitswesens. Das Gesundheitswesen wird auf den Kopf gestellt, ohne dass die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung – wie versprochen – gelöst werden.
- Die Fortschreibung der Budgetierung in der ambulanten ärztlichen Versorgung, nun aber in Euro und Cent durch sogenannte Praxisbudgets.
- Die zusätzlichen Lasten für Krankenhäuser in Höhe von 500 Millionen Euro mit der Folge einer Wartelistenmedizin.
- Die Einführung eines völlig überflüssigen, bürokratischen Gesundheitsfonds, der den zentralistischen Umbau des Gesundheitswesens zementiert.
- Die Angleichung (und praktisch die Abschaffung) der eigenständigen privatärztlichen Gebührentaxe an die budgetierte Vertragsgebührenordnung.
- Die Einzelverträge für Ärzte, wodurch diese ohne jeden Schutz durch die Kassenärztlichen Vereinigungen sind und die Spaltung in hausärztliche und fachärztliche Versorgungsstrukturen vertieft wird.
- Die Zerstörung des Geschäftsmodells der PKV, um die private Vollversicherung zu zerschlagen.

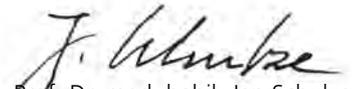
Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, der soziale Frieden ist ein hohes Gut

unserer Gesellschaft – hier zu verunsichern und zu unterminieren führt zu Angst und Ablehnung bei Bürgern und bei den Patienten zur Demotivation der im Gesundheitswesen Beschäftigten und zur Verstärkung des Ärztemangels.

Absolut kritikwürdig ist die Vorlage eines Gesetzes ohne maßgeblichen Einbezug der Träger und Gestalter des Systems, die im Übrigen zu Unrecht als Lobbyisten desavouiert werden. Wir Ärzte werden uns auch weiterhin mit den uns möglichen Aktivitäten gegen dieses Gesetz zur Wehr setzen. Das schließt Infokampagnen, Protesttage und die Prüfung von Rechtsmitteln ein.

Wir bitten Sie, mit dem Gewicht der Bundeskanzlerin und Vorsitzende der CDU unsere Argumente zu wichten und die Ihnen möglichen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



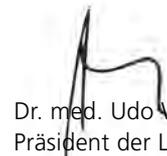
Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze
Präsident der Sächsischen
Landesärztekammer



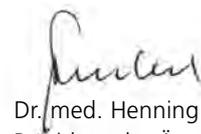
Dr. med. Andreas Crusius
Präsident der Ärztekammer
Mecklenburg-Vorpommern



Dr. med. Thekla Franke
Vizepräsidentin der
Landesärztekammer
Thüringen



Dr. med. Udo Wolter
Präsident der Landesärztekammer
Brandenburg



Dr. med. Henning Friebe
Präsident der Ärztekammer
Sachsen-Anhalt